

PRESSEINFORMATION 57/2026

EU KIDS Act: Einheitliche Regeln für einen besseren Schutz von Kindern im Netz

BWIIHK begrüßt europäischen Ansatz – Plattformen stärker in die Verantwortung nehmen

Stuttgart, 18. September 2026 – Die baden-württembergische Wirtschaft begrüßt den von der Europäischen Kommission vorgelegten EU KIDS Act und das Ziel, den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu sozialen Medien stärker zu regulieren. Der Vorschlag sieht unter anderem EU-weit einheitliche Altersstufen sowie strengere Schutzanforderungen für digitale Dienste vor.

„Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz im digitalen Raum. Es ist deshalb richtig, dass die Europäische Union einen gemeinsamen Rechtsrahmen schafft und nicht auf unterschiedliche nationale Lösungen setzt“, sagt Dr. Wolfgang Epp, Hauptgeschäftsführer der IHK Reutlingen. Die IHK ist im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) federführend für medienpolitische Themen. Gerade bei grenzüberschreitend tätigen Plattformen seien einheitliche europäische Vorgaben sinnvoll. Die Kommission will damit divergierende nationale Regeln harmonisieren und mehr Rechtssicherheit im digitalen Binnenmarkt schaffen.

Aus BWIIHK-Sicht müssen vor allem die Plattformbetreiber Verantwortung übernehmen. „Wer digitale Angebote und ihre Algorithmen gestaltet, muss wirksame Schutzmechanismen für Minderjährige von Anfang an berücksichtigen. Die Verantwortung darf nicht allein bei Eltern oder jungen Nutzerinnen und Nutzern liegen“, sagt Epp. Zugleich müsse die Regulierung übersichtlich und praxistauglich bleiben. Neue Aufsichtsstrukturen dürfen dabei nicht zu zusätzlicher regulatorischer Komplexität führen. Bestehende europäische Vorgaben und Zuständigkeiten sollten sinnvoll verzahnt und Doppelstrukturen vermieden werden.

Neben gesetzlichen und technischen Schutzmaßnahmen bleibt Medienkompetenz ein entscheidender Baustein. „Regulierung allein wird nicht ausreichen. Kinder und Jugendliche müssen lernen, digitale Angebote, soziale Netzwerke und algorithmisch ausgewählte Inhalte kritisch und selbstbestimmt zu nutzen“, betont Epp. Plattformverantwortung, klare Regeln und Medienbildung müssten deshalb zusammengedacht werden.

Ansprechperson für Medienschaffende:

BWIIHK | FF Medienpolitik
IHK Reutlingen
Katharina Lein
Telefon 07121 201-270
E-Mail: lein@reutlingen.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.